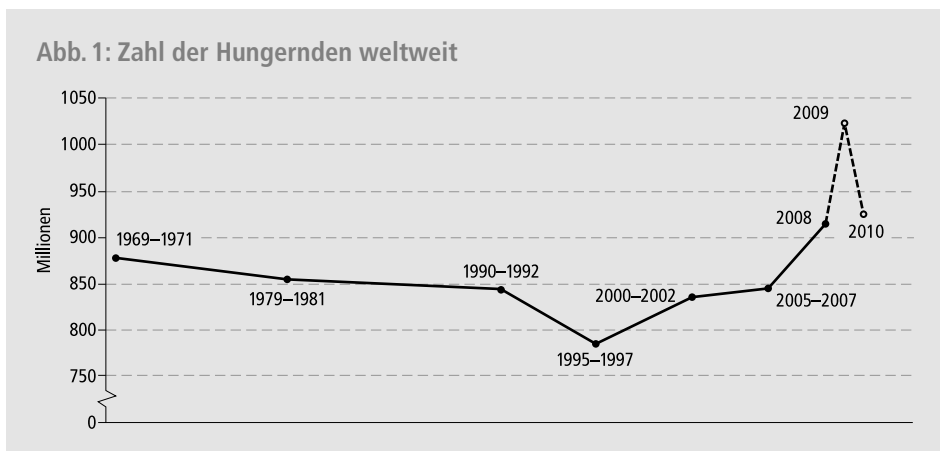


## *Rückblick 2010:* **Weniger Hunger, mehr Risiken und instabile Weltmärkte**

von Tobias Reichert

Nach dem alarmierenden Jahr 2009, in dem nach Schätzungen der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) die Zahl der weltweit Hungernden erstmals seit Jahrzehnten auf über eine Milliarde gestiegen war, hat sich die Situation 2010 ein wenig entspannt. Die FAO geht davon aus, dass in diesem Jahr „nur“ noch 925 Millionen Menschen nicht genügend zu Essen hatten. So erfreulich dieser Rückgang ist: Es ist – mit Ausnahme von 2009 – der *höchste* Wert seit den 1970er-Jahren (Abb. 1)!

Die wichtigsten Gründe für den Rückgang sind das Sinken der Weltmarktpreise für Lebensmittel seit Mitte 2008 und die sich seit 2010 wieder erholende Weltwirtschaft. Viele Entwicklungsländer weisen sogar ein beträchtliches Wirtschaftswachstum von über zehn Prozent pro Jahr auf. Dies schlägt sich in einer höheren Kaufkraft auch der armen Bevölkerung nieder. Gleichzeitig gehen die Verbraucherpreise, die 2009 trotz gesunkener Weltmarktpreise in vielen Entwicklungsländern auf hohem Niveau geblieben waren, langsam zurück.



Quelle: FAO (6)

Dass die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel wieder so deutlich zurückgegangen waren, war einer Kombination aus Rekordernten in den Jahren 2008 und 2009 und geringerer Nachfrage aufgrund der Weltwirtschaftskrise zu verdanken. Im Ergebnis stiegen auch die weltweiten Lagerbestände der wichtigsten Getreidesorten erstmals seit Jahren wieder an. Dies wirkt in der Regel stabilisierend auf die Weltmarktpreise.

Allerdings zeichnet sich seit Herbst 2010 ab, dass die Phase der niedrigeren Preise nur relativ kurz sein könnte. Zunächst gab es im August eine Trendwende bei den Weizenpreisen. Nachdem die Ernte in Russland schlechter als erwartet ausgefallen war, verhängte die russische Regierung ein bis Mitte 2011 geltendes Exportverbot für Weizen, um die Versorgung des eigenen Markts sicherzustellen. Die Weltmarktpreise stiegen daraufhin innerhalb weniger Wochen um mehr als 50 Prozent an. Viele Experten hielten diesen starken Ausschlag zunächst für übertrieben, da andere wichtige Exporteure gute Ernten voraussagten und die Lagerbestände für Getreide weltweit recht hoch waren. Die Einschätzung änderte sich Ende Oktober dramatisch, nachdem die USA ihre erwarteten Maiserträge zum wiederholten Male nach unten korrigieren mussten. Zusammen mit einer Rekordproduktion von Ethanol aus Mais würde dies zu einem Einbruch der US-Lagerbestände von Mais auf das niedrigste Niveau seit 15 Jahren führen (9). Auch die Preise für Zucker, Öle und Fette sind seit Sommer 2010 spürbar angestiegen (7). Als Resultat bewegt sich der Lebensmittelpreisindex der FAO wieder auf das Niveau von 2007 und 2008 zu und liegt bereits wieder fast doppelt so hoch wie zu Anfang des Jahrtausends (Abb. 2).



Quelle: (1)

Der dramatische Anstieg der Preise zeigt die Nervosität aller am Markt Beteiligten: Der Regierungen der Exportländer, die wie die Ukraine oder Russland Exporte beschränken oder gleich ganz verbieten, und der Regierungen von Importländern, die versuchen, ihre Versorgung durch frühere und im Zweifel höhere Einkäufe sicherzustellen. Eine zentrale Rolle spielen auch die privaten Akteure an den Rohstoffbörsen, die tendenziell mit weiter steigenden Preisen rechnen, bei jedem Gerücht über schlechtere Ernten oder staatliche Exportbegrenzungen stärker in Termingeschäfte investieren und auf höhere Preise wetten (10). Damit heizen sie den Preisanstieg weiter an. Auch Experten, die ansonsten die Vorteile freier Agrarmärkte betonen wie der frühere Direktor des International Food Policy Research Institute Joachim von Braun, fordern daher eine strenge Regulierung des Handels mit Lebensmitteln an den Rohstoffbörsen (14). Besonders problematisch sei die Tatsache, dass einige Finanzmarktakteure nach dem Zusammenbruch und der strengeren Regulierung von Hypotheken- und Immobilienmärkten auf die Rohstoffmärkte „ausweichen“.

Die internationalen Reaktionen auf die zunehmende Volatilität der Weltmärkte und den wachsenden Hunger sind widersprüchlich: Sie reichen vom Versuch einzelner Länder, sich Zugang zu Landressourcen im Ausland zu sichern, über internationale Finanzzusagen zur Hungerbekämpfung bis zum Versuch, die internationalen und nationalen Politikansätze zur Ernährungssicherheit weiterzuentwickeln und besser zu koordinieren.

### „Land-grabbing“ als Reaktion auf volatile Weltmärkte

Länder mit höherem Einkommen, deren Ernährungssicherheit stark von Importen abhängt, fürchten, dass die Weltmärkte angesichts von Preisschwankungen und Exportbeschränkungen keine verlässliche Lebensmittelversorgung mehr sicherstellen können. Besonders Staaten und Unternehmen

**Preise  
steigen wieder**

**Regulierung  
der Rohstoffbörse  
gefordert**

aus Ostasien und dem arabischen Raum versuchen auf dieses Problem zu reagieren, indem sie sich in großem Umfang Landflächen in anderen Ländern durch Kauf oder langfristige Pachtverträge sichern. Dort sollen dann Grundnahrungsmittel für ihren eigenen Bedarf angebaut werden. Auch europäische Firmen sind in diesem Bereich aktiv. Sie wollen die Flächen aber in der Regel nicht zum Anbau von Nahrungsmitteln, sondern für Energiepflanzen verwenden. Angetrieben wird dies vor allem durch die europäische Agrarenergiepolitik, deren Ziele so hoch angesetzt sind, dass sie allein durch die Produktion innerhalb der EU nicht erfüllt werden können. Den so geschaffenen Importbedarf wollen die Investoren für gewinnbringende Anlagen nutzen.

Der Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, geht davon aus, dass seit 2006 weltweit zwischen 15 und 20 Millionen Hektar landwirtschaftliche Flächen von ausländischen Regierungen oder Investoren gepachtet oder gekauft wurden (12). Das ist mehr als die Anbaufläche Frankreichs! Entsprechende Investitionen gebe es in vielen Teilen der Welt, so in Russland, der Ukraine, Brasilien, Indonesien, Kambodscha und Pakistan. Afrika sei allerdings die wichtigste Zielregion, da vermutet werde, dass dort noch ungenutzte Landflächen verfügbar seien. Zudem ist das Klima günstig für die Landwirtschaft und die Löhne ebenso wie die Landpreise niedrig. Der Sonderberichterstatter nennt unter anderen Äthiopien, die Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Mali und Sambia als wichtige Zielländer der Investitionen in Afrika: alles Staaten, in denen ein großer Teil der Bevölkerung hungert.

Im Prinzip können Investitionen in die Landwirtschaft die Produktivität verbessern, neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und so dazu beitragen, Armut und Hunger zu reduzieren. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch die Frage, inwieweit diese Flächen tatsächlich ungenutzt und für den Lebensmittelanbau geeignet sind. Häufig sind sie für Ackerbau zu trocken und werden daher von Nomaden genutzt um ihr Vieh zu halten. Dies ist prinzipiell die ökologisch verträglichste Nutzungsform für diese fragilen Gebiete. Die Umwandlung in Ackerflächen gefährdet sowohl die Lebensgrundlagen der Nomaden als auch das ökologische Gleichgewicht der Trockengebiete.

In einer umfassenden Untersuchung kommt die sonst nicht übertrieben investorenkritische Weltbank zu dem Ergebnis, dass viele große Investitionsprojekte nicht zu den erhofften und versprochenen Vorteilen führen würden (2). Oft müssten nur geringe Beträge für den Erwerb gezahlt werden, was der Spekulation Vorschub leiste. Versprochene Investitionen in die Produktion würden oft nicht oder nicht in vollem Umfang realisiert. In anderen Fällen hätten Investoren, die den Ertrag des von ihnen erworbenen Landes überschätzt hätten versucht, benachbarte, meist fruchtbarere Flächen mitzunutzen. Diese seien aber ausdrücklich für die Nutzung durch die lokale Bevölkerung reserviert worden. Deren Situation, vor allem die der Armen, habe sich durch die Investitionen in vielen Fällen verschlechtert. Konsultationen mit den Betroffenen hätten nicht oder nur völlig oberflächlich stattgefunden (3).

Trotz der überwiegend negativen Bewertung der meisten in der Studie betrachteten Investitionen betont die Weltbank auch die Chancen. Um diese zu realisieren müssten Investoren und Regierungen einen von der Weltbank entwickelten Verhaltenskodex einhalten, der Aspekte wie den Respekt für lokale Landrechte, Ernährungssicherung, Transparenz und Good Governance sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit umfasst. Deutlich skeptischer äußert sich der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Viele der potenziell positiven Effekte der Investitionen ließen sich auch durch andere Instrumente wie den Vertragsanbau realisieren, bei denen keine Änderung von Landtiteln und -eigentum stattfindet. In Fällen, in denen die direkte Kontrolle der Investoren gleichwohl notwendig sei, müssten die Rechte aller Beteiligten, insbesondere die der Landnutzer, beachtet werden. Dabei müssten auch Gewohnheitsrechte nicht nur für den Ackerbau, sondern auch für die Nutzung als Weide und das Sammeln von Feuerholz gelten. Da die Mehrzahl der durch die Investitionen realisierten Projekte großflächige Plantagen seien, müssten die Rechte der dort beschäftigten Landarbeiter besonders berücksichtigt werden. Der Sonderberichterstatter hält es für notwendig, die bessere Nutzung bislang brachliegender Flächen nicht vorrangig unter dem Gesichtspunkt ausländischer Investitionen zu betrachten. Vielmehr sollten Staaten, in denen es solche Flächen gibt, zuerst in Betracht ziehen, sie umzuverteilen und dadurch unabhängige Kleinbauern zu fördern (13). Von daher müssten sich auch die von der Weltbank erarbeiteten Prinzipien in einen breiteren Rahmen zu Landnutzungsfragen einordnen. Dieser sollte vom Komitee für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security – CFS) erarbeitet werden.

***Landraub durch  
ausländische  
Regierungen und  
Investoren ...***

***... verschlechtert  
die Situation  
der Armen***

## Das reformierte Komitee für Welternährungssicherheit (CFS)

### *Neuer Versuch*

Die Nahrungsmittelpreis- und Hungerkrise führte zu zahlreichen neuen Initiativen von Nationalstaaten, informellen Gremien wie den G8 sowie internationalen Organisationen wie der Weltbank und der Vereinten Nationen. 2009 wurde das lange wirkungslose Komitee für Welternährungssicherheit (CFS), in dem Regierungen und relevante internationale Organisationen vertreten sind, als ein zentrales Gremium für diese Koordination identifiziert (11). Dazu sollten neue Gremien zur Unterstützung geschaffen und die Zivilgesellschaft besser eingebunden werden. Im Oktober diesen Jahres fand nun das erste Treffen des reformierten CFS statt. Die Sitzung diente vor allem dazu, Aufgaben und Arbeitsprogramm des CFS klarer zu definieren (5). So soll das CFS:

- bis 2012 einen globalen strategischen Rahmen für Ernährungssicherheit erarbeiten. Daran sollen alle relevanten, auch zivilgesellschaftlichen Gruppen maßgeblich beteiligt werden;
- bis 2011 freiwillige Leitlinien für die verantwortliche Verwaltung von Land und anderen natürlichen Ressourcen erarbeiten – unter Berücksichtigung der Richtlinien für Investitionen.

Um die Arbeit des CFS dabei zu unterstützen, soll das neu konstituierte hochrangige Expertenpanel Studien zu den Fragen verfassen, welche Rolle Kleinbauern und Großplantagen spielen können; welche Instrumente es gibt, verfügbares Land zu identifizieren, und welche Instrumente es erlauben Großinvestitionen in Übereinstimmung mit Ernährungssicherheitsstrategien zu bringen. Darüber hinaus soll es Studien zu Ursachen und Auswirkungen der Preisvolatilität sowie zum Klimawandel und seinen Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit speziell von besonders gefährdeten Gruppen erstellen. Über die genaue Form der Beteiligung der Zivilgesellschaft am CFS wurde noch keine abschließende Entscheidung getroffen.

### *Die Not der Hungernden ins Zentrum stellen*

Mit der Wahl seiner Themen hat das CFS deutlich gemacht, dass es seine Rolle als zentrales Koordinations- und Strategiegremium ernst nimmt. Ob es diese Rolle ausfüllen kann, wird zunächst von der Qualität der Arbeit des Expertenpanels abhängen. Wichtiger ist allerdings, dass es gelingt, in den Empfehlungen die Interessen der Hungernden klar in den Vordergrund zu stellen. Auch wenn dies gelingt ist noch keineswegs sicher, dass andere wichtige Akteure das CFS ebenfalls als zentral wahrnehmen. Die G20-Erklärung vom November macht in dieser Richtung wenig Hoffnung. Das CFS wird zwar erwähnt, aber nur als ein Gremium, das „Schwachstellen und Möglichkeiten in der Politikkohärenz für Ernährungssicherheit“ identifizieren soll. In der langen Liste von Organisationen, die den G20 zum Thema Preisvolatilität Empfehlungen machen sollen, taucht es trotz seines eigenen Arbeitsprogramms dazu nicht auf (8). Auch an der Tatsache, dass die Weltbank beim Management ihres neu aufgelegten Fonds für Agrarentwicklung keinen Bezug aufs CFS nimmt, zeigt sich die bislang eher schwache Rolle des CFS. Es droht daher zu einem weiteren multilateralen Gremium zu werden, das mehr oder weniger sinnvolle Leitlinien erarbeitet, aber keinen Einfluss auf die Verwendung der Finanzmittel haben wird. Ob dies so kommen wird oder nicht hängt vor allem vom Verhalten der Regierungen ab: Sie müssen sicherstellen, dass ihre eigenen Initiativen auf nationaler Ebene und im Rahmen internationaler Foren wie UN, Weltbank oder G20 nicht parallel zum CFS-Prozess verlaufen, sondern inhaltlich wie organisatorisch engen Bezug darauf nehmen. Deutschland, das als Mitglied von G8 und G20 und wichtiger Geber von Entwicklungshilfe in allen relevanten Gremien vertreten ist, hat hier eine besondere Verantwortung.

### *Wichtige Rolle Deutschlands*

## Neues Konzept der Bundesregierung zur Armuts- und Hungerbekämpfung

Im neuen sektorübergreifenden Konzept „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird ausdrücklich erwähnt, dass die Bundesregierung insgesamt die Arbeiten des CFS unterstützt (4). Auch die inhaltliche Ausrichtung des Konzepts insgesamt, bei dessen Erstellung die Zivilgesellschaft intensiv konsultiert wurde, ist mit dem Ansatz des CFS kompatibel. Es betont die zentrale Rolle der Landwirtschaft bei der Bekämpfung von Armut und Hunger. Die Rolle der Kleinbauern bleibt allerdings ambivalent. Es sei vor allem wichtig, so das neue Konzept der Bundesregie-

rung, den oft am Rande des Existenzminimums wirtschaftenden Bevölkerungsgruppen Zugang zu lokalen Ressourcen zu verschaffen und sie in die Lage zu versetzen, diese besser zu nutzen. Wo dies gelinge, biete die Weiterentwicklung kleinbäuerlicher Strukturen Chancen. Allerdings hänge es von den örtlichen Gegebenheiten und Standortbedingungen ab, ob selbständige Kleinbauern, Genossenschaften, Vertragslandwirtschaft oder kommerzielle Großbetriebe am besten geeignet seien.

Dem Konzept zufolge dürfe die Förderung sich nicht allein auf die Landwirtschaft konzentrieren, sondern müsse die ländlichen Räume insgesamt und auch die außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweige umfassen. So sollen tragfähige Wirtschaftskreisläufe im ländlichen Raum geschaffen werden. Diese würden oft auf der lokalen Weiterverarbeitung von Agrarrohstoffen beruhen, aber auch andere Bereiche wie Handel, Transport oder Bau umfassen. Als weitere unabdingbare Elemente für erfolgreiche ländliche Entwicklung werden das nachhaltige Management der natürlichen Ressourcen, soziale Dienste und technische Infrastruktur sowie verbesserte politisch-institutionelle Rahmenbedingungen hervorgehoben. Wie diese sinnvollen Ansätze in die Praxis umgesetzt werden, soll in einem nächsten Schritt in spezifischeren Sektorpapieren definiert werden.

### ***Deutsche Entwicklungshilfe und die Kleinbauern***

## **Die internationale Handelspolitik bleibt weitgehend blockiert**

In der internationalen Handelspolitik gibt es wie schon im letzten Jahr wenig Bewegung. Die Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO bleibt weiterhin blockiert. Vor allem deshalb, weil sich nicht abzeichnet, dass die USA einer Vereinbarung zustimmen können, die für die großen Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch für Industriestaaten wie Japan akzeptabel ist. Hauptstreitpunkt bleibt die Frage, wie viele landwirtschaftliche Produkte von der Liberalisierung ausgenommen werden dürfen und ob ein effektiver Mechanismus eingeführt wird, der es Entwicklungsländern erlaubt, auf einen plötzlichen Preisverfall auf den Weltmärkten zu reagieren. Dass sich an diesen internationalen Konfliktlinien nach dem Erfolg der Republikaner bei den US-Kongresswahlen etwas ändert, erscheint unwahrscheinlich.

An der blockierten Doha-Runde hängt auch der endgültige Abbau der Exportsubventionen in der EU. Das Versprechen der EU, diese bis 2013 endgültig abzuschaffen, ist an den erfolgreichen Abschluss der WTO-Verhandlungen gekoppelt. Auch die viel beachtete gemeinsame Erklärung von Landwirtschaftsministerin Aigner und Entwicklungsminister Niebel zur Abschaffung der Exportsubventionen bekräftigt im Kern nur diese Position. In ihrer Kommunikation zur Gestaltung der EU-Agrarpolitik nach 2013 fordert die EU-Kommission denn auch, die Exportsubventionen beizubehalten. Eine Option, sie 2013 abzuschaffen oder zumindest auslaufen zu lassen, wird nicht einmal diskutiert.

Auch in den regionalen und bilateralen Handelsverhandlungen gibt es nur wenige Fortschritte. In den regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements – EPA) der EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP), die eigentlich schon 2007 abgeschlossen werden sollten, gibt es kaum Bewegung. Nur das Abkommen mit den Ländern der Karibik ist abgeschlossen, aber wird noch nicht umgesetzt. Die afrikanischen AKP-Länder haben bei einer Ministerkonferenz in der ruandischen Hauptstadt Kigali im Oktober 2010 eine stärkere Entwicklungsorientierung und mehr Flexibilität der EU gefordert. Die EU verweist auf ihre Interpretation der WTO-Vorgaben für regionale Freihandelsabkommen, die eine weitgehende Öffnung auch der afrikanischen Märkte verlange. Gleichzeitig beharrt sie aber auf Bedingungen, die von der WTO eindeutig nicht vorgeschrieben werden. Angesichts der Blockade hat die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten schon zu Diskussionen über die Zukunft der EPAs aufgefordert, in denen der Abbruch der Verhandlungen eine Option ist.

Dagegen konnten die Verhandlungen mit anderen Ländern im letzten Jahr zu einem Abschluss gebracht werden. Mit Südkorea, Peru, Kolumbien und Zentralamerika wurde eine Einigung über die Marktöffnung erzielt. In diesen Verhandlungen wurden auch die aggressiven Interessen der EU im Agrarhandel deutlich. In den Abkommen mit Kolumbien und Peru konnten sie den Abbau der Zölle auf Milchprodukte durchsetzen, obwohl dies voraussichtlich zum Verlust von Arbeitsplätzen im Milchsektor vor allem in Kolumbien führen wird. Die im EU-Vertrag geforderte Kohärenz aller Politikbereiche mit entwicklungspolitischen Zielen scheint hier keine Rolle für die Position der EU gespielt zu haben. In den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien könnte sich dies

### ***USA blockieren internationale Handelspolitik***

### ***Wenig Fortschritte bei bilateralen Handelsabkommen***

wiederholen. In den Verhandlungen mit Kanada fordert die EU ebenfalls freien Zugang für ihre Milchprodukte, was das dortige System der Mengensteuerung, das sowohl stabile Produzenten- als auch vergleichsweise niedrige Konsumentenpreise ermöglicht, aus den Angeln heben würde.

## Landwirtschaft und Ernährungssicherung als Teil der globalen Nachhaltigkeitsagenda

**Schutz  
der biologischen  
Vielfalt ...**

Die verschärfte Hungerkrise der Jahre 2008 und 2009 scheint die Prioritätenliste der internationalen Gemeinschaft dauerhaft verändert zu haben. Ernährungssicherheit und die Notwendigkeit, die (kleinbäuerliche) Landwirtschaft zu fördern, sind weit nach oben gerückt. Ob dies auch zu effektiven Veränderungen und einer besseren Situation führt, müssen die nächsten Jahre zeigen. Eine besondere Herausforderung wird dabei darin bestehen, das in sich schon hoch komplexe Thema nicht isoliert zu betrachten, sondern in Zusammenhang mit einer Reihe von weiteren fundamentalen Problemen und den entsprechenden Lösungsversuchen zu setzen. Zu nennen sind hier vor allem die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und der Klimawandel.

**... verlangt  
veränderte  
Agrarpolitik**

Ermutigend ist dabei, dass es in diesem Jahr gelungen ist, die Konferenz der UN-Konvention über biologische Vielfalt (CBD) mit einer Einigung abzuschließen. Die dort besonders umstrittene Frage des Zugangs zu genetischen Ressourcen und der Verteilung der aus ihrer kommerziellen Nutzung entstehenden Erträge betrifft die Agrarpolitik im engeren Sinne nicht direkt. Das übergeordnete Ziel, den globalen Artenschwund zu bremsen und letztlich aufzuhalten, kann allerdings ohne eine veränderte Agrarpolitik nicht erreicht werden, da die Landwirtschaft aufgrund der Flächennutzung der Wirtschaftssektor ist, der die mit Abstand größte Wirkung auf die biologische Vielfalt hat. Um den Artenschwund zu verringern, müsste die Umwandlung von natürlichen Ökosystemen wie Urwäldern und Mooren in landwirtschaftliche Flächen gestoppt und ökologisch wertvolle Landbewirtschaftungssysteme, die Lebensräume für bestimmte Arten schaffen, erhalten werden. Diese Ziele zu erreichen, während steigende Nahrungsmittelpreise und die politisch angeheizte Nachfrage nach Energiepflanzen in Richtung größerer Anbauflächen und intensiverer Bewirtschaftungsformen drängen, wird eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre.

### Literatur

- (1) Blas, Javier: Food Prices stoke riot fears. Financial Times, London, 2. November 2010.
- (2) Blas, Javier: World Bank warns on 'farmland grab' trend. Financial Times, London, 27. Juli 2010.
- (3) Blas, Javier: World Bank backs farmland investment. Financial Times, London, 7. September 2010.
- (4) BMZ: Konzept Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung. Entwurf, 4. November 2010.
- (5) Committee on World Food Security (CFS): Final report, thirtysixth session, 11–14 and 16 October, Rome 2010.
- (6) FAO: The state of food insecurity in the world 2010. Addressing food security in protracted crisis. Rome 2009.
- (7) FAO: Global Food Price Monitor, London, 5. November 2010.
- (8) G20: Multi-year action plan on development, Annex II. G20 Seoul Summit.
- (9) Meyer, Gregory et al.: Food price fear as US warns on crop yields. Financial Times, London, 9. November 2010.
- (10) Paarlberg, Robert: How markets sow the spikes they fear. Financial Times, London, 19. August 2010.
- (11) Reichert, Tobias: Sinkende Preise, wachsender Hunger und mehr internationale Versprechen. In: Der kritische Agrarbericht 2010, S. 67–74.
- (12) United Nations (UN): Report of the Special Rapporteur on the right to food, Olivier De Schutter. Addendum Large-scale land acquisitions and leases: A set of minimum principles and measures to address the human rights challenge. Human Rights Council Thirteenth session. 28 December 2009. A/HRC/13/33/Add.2.
- (13) United Nations (UN): Contribution in advance of the 36<sup>th</sup> session of the Committee on World Food Security (CFS), Office of the United Nations High Commissioner on Human Rights, 5. October 2010.
- (14) von Braun, Joachim: Time to regulate volatile food markets. Financial Times, London, 9. August 2010.

### Autor

*Tobias Reichert*  
Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch e.V.

Schiffbauerdamm 15  
10117 Berlin  
E-Mail:  
reichert@germanwatch.org

